

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIV/100

Bonn, den 29. Mai 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Gebot der politischen Vernunft</u> Schütz ließ sich nicht unter Druck setzen - er wird nach Posen fahren	51
2	<u>"Ein recht ungewöhnlicher Vorgang"</u> Bundesinnenminister Benda und sein jüngster Sportausflug	49
3	<u>Bundeswehr einmal anders</u> Leutnants und Unteroffiziere heute - Die besten Arbeiten im Bundeswehr-Wettbewerb über Fragen der Vergangenheit und Gegenwart	41
4	<u>Helsinki wird aktiv</u> Auf dem Wege zu einer europäischen Sicherheitskonferenz?	43

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

- Eigene Rente für Hausfrauen
- Prof. Dr. Ernst Scheilenberg und Annemarie Renger sprachen vor über hundert Arbeitnehmerinnen in Berlin -
- Mehr Kaufkraft durch Aufhebung der Preisbindung
- Gehalt vom eigenen Ehemann?
- Zahl der Diebstähle in Kaufhäusern steigt
- Arbeiterwohlfahrt betreut Jugoslawen

Gebot der politischen Vernunft

Schütz ließ sich nicht unter Druck setzen - er wird nach Posen fahren.

Der - In Posen findet seit Jahren im Juni jedes Jahres die größte polnische Handelsmesse statt, dort treffen sich Industriefirmen aus aller Welt. Die Bundesrepublik Deutschland war bisher immer gut vertreten, ihre Industrieprodukte erregten Aufsehen und verlockten zu gegenseitigen Geschäftsabschlüssen - ungeachtet des propagandistischen Trommelfeyers, das auf politischem Gebiet gegen die Bundesrepublik gerichtet ist oder war, wenn man die letzte Gomulka-Rede als ein Indiz für eine den Realitäten näherkommende Einstellung nimmt. Geschäftlich gesehen kam die Messe in Posen beiden Teilen zugute. Propaganda und die Nützlichkeit gegenseitiger wirtschaftlicher Beziehungen auch im Ost-West-Verhältnis lassen sich eben nicht auf einen Nenner bringen.

Zu der diesjährigen Messe in Polen wurde, zum erstenmal, auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Schütz, vom Präsidenten der Polnischen Handelskammer als Gast eingeladen. An diese Einladung knüpften sich phantastisch anmutende Kombinationen. Die Berliner CDU vermutete, Schütz wolle durch die Annahme der Einladung eine gegen die Politik der Bundesregierung selbstständige Außenpolitik des Berliner Senat betreiben und würde damit einen Konflikt mit seinem Parteifreund, dem Außenminister Willy Brandt heraufbeschwören. Soweit können Hirngespinnste sich entwickeln und parteipolitische Engherzigkeit gedeihen... Einige Zeitungen leisteten dabei Schützenhilfe, wobei sie wußten, was sie taten und was damit bezweckt werden sollte.

Weder Brandt noch Schütz ließen sich durch solche allzu durchsichtigen Manöver verwirren. Schütz wird am 14. Juni als Gast des Präsidenten der polnischen Handelskammer nach Posen fahren, nicht um über den Status von Berlin mit seinen Gesprächspartnern zu verhandeln, sondern um die Aufgeschlossenheit seiner Stadt kundzutun und um neue Verbindungen auch zum Osten hin für die Industriestadt Berlin, die zweitgrößte zwischen Paris und Moskau, zu suchen. Die Zugehörigkeit Westberlins zur Bundesrepublik bleibt davon unberührt, davon hängt ja die Lebensfähigkeit Berlins überhaupt ab. Sollten bei manchen seiner polnischen Gesprächspartner Zweifel daran bestehen, dürften sie wohl in offenen und freimütigen Gesprächen gerade von Schütz beseitigt werden.

Der Besuch des Regierenden von Berlin in Posen entspricht einem Gebot der politischen Vernunft; er gibt keine unverzichtbaren Positionen preis, aber er paßt in den Rahmen, die deutsche gegen die - m a n d e n gerichtete Ostpolitik zu interpretieren und Irrtümer zu beseitigen. Keine Gelegenheit, die sich dazu bietet, sollte ungenutzt bleiben; Klaus Schütz nimmt sie wahr. Dies entspricht sicherlich auch den Intentionen der Bundesregierung, auch wenn mancher Politiker sie trotz der erneuten Bestätigung durch den Bundeskanzler auf der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Mannheim nicht wahrnehmen will. - Der Besuch des Regierenden von Berlin in Posen ist Ausdruck des Willens, mit allen friedlich und freundschaftlich zusammenzuarbeiten, die des gleichen Willens sind. Im Verhältnis zu Polen sind tiefe Gräben millimeterweise zuzuschütten und zu überbrücken. Gowiß, ein mühseliges Beginnen, aber vielleicht kann der Besuch in Posen manche bisher verschlossene Tür ein wenig öffnen.

"Ein recht ungewöhnlicher Vorgang"

Bundesinnenminister Benda und sein jüngster Sportausflug

Die - Das Verhältnis Bundesinnenminister und deutscher Sport ist wieder einmal auf dem Tiefpunkt angelangt. Kaum sind die Wogen der "Affäre" um die "Benda-Konzeption" für die Errichtung einer Bundeszentrale für Sport geglättet, da überraschte der "sportfreundliche" Innenminister den bundesdeutschen Sport und seine Verbände mit dem Deutschen Sportbund an der Spitze erneut auf recht unangenehme Weise.

Im Widerspruch zu dem "Prüfungsbeschluss" des Bundestags-Innenausschusses vom 8. Mai brach der Innenminister gewissermaßen in das Haus des Deutschen Sportbundes ein und lud Mitarbeiter und Sportler als seine Berater zur konstituierenden Sitzung des Sportbeirates beim Bundesinnenminister für den 16. Juni ein. Die Reaktionen aus Sport und Politik waren entsprechend. Der Deutsche Sportbund nannte es einen "recht ungewöhnlichen Vorgang" und erinnert daran, daß er mit seinen Fachgremien dem Minister zur fachlichen Beratung jederzeit zur Verfügung stehe. Die vielgepriesene Kooperation zwischen Bundesinnenminister und dem Deutschen Sportbund, die in einem besonderen Koordinierungsgremium zum Ausdruck kommt, bedeutet dem für die Bundessportförderung zuständigen Innenminister offenbar recht wenig, wie man auch in Fachkreisen des Sports bedauernd feststellen muß. So ist beispielsweise der gemeinsame Finanzausschuß faktisch ein "totgeborenes Kind", denn zu gemeinsamen Sitzungen sei es praktisch nie gekommen erklärt man beim Deutschen Sportbund.

In Sachen Sport kann man Minister Benda nur eine recht unglückliche Art von Förderung und Zusammenarbeit mit dem Deutschen Sport bescheinigen. "Unglücklich" erscheint aus der Sicht des Parlaments auch die Zeitwahl, die Minister Benda zur Publizierung seiner "Sport-Initiativen" zu wählen beliebt. Die Sitzungspausen des Parlaments spielen in diesem Bereich für ihn unzweifelhaft eine Rolle von besonderer Bedeutung. Kaum eine Woche befand sich das Parlament im Juli des vergangenen Jahres in der Sommerpause, da gelangte die "Ministerielle Konzeption" von der Errichtung einer "Bundeszentrale für Sport" im Untergrundstil an die Öffentlichkeit. Ein "Pro und Kontra" zwischen dem Deutschen Sportbund und dem Innenministerium erwies sich nicht gerade als sehr sportfördernd.

Mit dem erneuten "Hochsprung" hat Minister Benda den ihm vom Innenausschuß des Bundestages gesetzten Rahmen erheblich durchbrochen. In seiner Sitzung vom 8. Mai hat der Innenausschuß unter dem Vorsitz des SPD-MdB Hermann Schmitt-Vockenhausen die Bundesregierung um Prüfung der sachlichen Notwendigkeit zur Bildung eines Beratergremiums für den Innenminister in Sachen Sport beauftragt. Von einem Konstituierungsauftrag kann jedoch keine Rede sein. Mit der lapidaren Stellungnahme "unverständlich" und "Vorwahlkampf" des Innenministeriums sind die kritischen Anmerkungen des geschäftsführenden DSB-Präsidenten Willi Weyer, der SPD-Sportpolitiker Dr. Adolf Külller-Emmert und Willi Müller (Mülheim) nicht zu beantworten, bedenkt man, daß bei den Ausschüßberatungen der Wunsch nach einer Verbindung zwischen einem eventuellen Beratergremium für den Innenminister und der zu bildenden Koordinierungsstelle auf Bundesebene zum Ausdruck kam, wie sie die SPD mit der Konzeption des "Deutschen Sportrates" vorgeschlagen hat.

Bundeswehr einmal anders

Leutnante und Unteroffiziere heute - Die besten Arbeiten im
Bundeswehr-Wettbewerb über Fragen der Vergangenheit und Gegenwart

G.M. - Im Jahre 1928 hat man in der damaligen Reichswehr einmal versucht, Offiziere und Unteroffiziere zu publizistischen Arbeiten über zeitenbasierte Probleme anzuregen. Bei dem Versuch ist es geblieben, da das Echo in der Truppe auf einen entsprechenden Appell so dürftig war, daß man das ganze Projekt aufgeben mußte...

Heute, 40 Jahre danach, bietet sich ein ganz anderes Bild. Im Harald Boldt-Verlag, Boppard am Rhein, ist jetzt ein Buch mit einer Auswahl der besten Arbeiten aus dem Freizeitwettbewerb 1968 für Leutnante und Unteroffiziere der Bundeswehr erschienen. Das Buch enthält Aufsätze über Fragen der Vergangenheit und Gegenwart.

Da schreibt z.B. ein Stabsunteroffizier zum Thema "Barzahlen oder Abzahlen?". Dieser Aufsatz könnte in jedem Lehrbuch für angewandte Nationalökonomie stehen. Ein Hauptfeldwebel beschäftigt sich in einem sehr interessanten Aufsatz mit der Bundeswehr im Spiegel der öffentlichen Meinung. Auch diese Arbeit verdient Beachtung; sie zeigt, daß auch kritische Bemerkungen über die Bundeswehr nicht spurlos an dem Verfasser vorübergegangen sind. Besonders beachtenswert ist der Aufsatz eines Fähnlejunks über das Thema "Wege zu lebendiger Mitarbeit bei der politischen Bildung". Abgesehen davon, daß dem Leser dieses Aufsatzes eine Fülle von Quellennachweisen zum gleichen Thema dargeboten wird, erkennt er auch sofort, wie ernsthaft und aus der Praxis herleitend der Fähnlejunker dieses Problem angegangen ist. Weniger interessant sind Aufsätze über Themen, mit denen politische Probleme angesprochen werden sollen. Da ist etwas zuviel Klischee, etwas zuviel Einseitigkeit in der Darstellung.

In einem Vorwort zu diesem Buch heißt es, man wolle Einblick geben in einen Zweig der breiten Bildungsarbeit der Bundeswehr und hierbei zeigen, mit welchem Ernst sich die Teilnehmer des alljährlichen Freizeit-Wettbewerbes WINTERARBEITEN um die Vielfalt der Probleme bemühen und wie stark sie sich engagiert haben. Schade ist nur, daß das Buch nicht auch kurze biographische Hinweise auf die Verfasser der einzelnen Aufsätze enthält. Es wäre sicher interessant, hierüber einiges zu erfahren und auch lesen zu können, in welcher Weise die einzelnen Autoren, die in ihren Aufsätzen darstellten Meinungen in der Praxis der Bundeswehr vertreten.

Unabhängig davon: Wer sich wirklich für die geistige Entwicklung der Führungskader der Bundeswehr interessiert, sollte dieses Buch zur Hand nehmen. Er wird feststellen können, daß ernstes Bemühen um die Erweiterung des Allgemeinwissens der jungen Menschen in der Bundeswehr Erfolg gezeitigt und auch Anerkennung durch die Herausgabe des Buches gefunden hat.

Helsinki wird aktiv

Auf dem Wege zu einer europäischen Sicherheitskonferenz?

kl. - In den skandinavischen Hauptstädten Helsinki, Stockholm, Oslo und Kopenhagen wird die finnische Initiative für eine europäische Sicherheitskonferenz ernst genommen und als realistisch angesehen. Die finnischen Botschafter in den europäischen Staaten sowie in den USA und Kanada haben eine Einladung der finnischen Regierung zu einer solchen Konferenz zu einem noch nicht genannten Zeitpunkt nach Helsinki überbracht. Vorausgegangen war eine Unterhaltung zwischen dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Schweden, Tage Erlander, und dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Finnlands, Koivisto, bei Beteiligung des finnischen Staatspräsidenten Urho Kekkonen in Harpsund bei Stockholm.

Nach Ansicht der skandinavischen Regierungen ist der Konferenz-Vorbereitungsplan der Finnen realistisch. Zunächst sollen bilaterale Kontakte zwischen den verschiedenen Teilnehmerländern, die die Einladung erhielten, erfolgen. Dann soll eine Vorbereitungskonferenz den Ablauf der Tagesordnung erörtern, wobei diese Konferenz durchaus nicht in Helsinki stattzufinden braucht. Dann soll es zu der eigentlichen Konferenz in Helsinki kommen, wobei man sich darüber im klaren ist, daß sie viele Monate dauern kann und möglicherweise kein voll befriedigendes Ergebnis erzielt.

Man hält aber den Zeitpunkt für eine solche Konferenz etwa im nächsten Jahr für durchaus möglich. Die skandinavischen Regierungen gehen davon aus, daß es bis dahin dem US-Präsidenten Nixon gelungen ist, den Vietnam-Krieg beizulegen und so das amerikanische Interesse sich auf eine durchgreifende Befriedung Europas unter möglichem anschließenden Abzug amerikanischer Truppen aus Europa konzentrieren könnte.

Das schließt das Projekt der direkten Verhandlungen zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt ein, das Truppenreduzierungen im gesamten europäischen Raum vorsieht, wobei sich vor allem die Sowjetunion bereithalten muß, ihre konventionellen Streitkräfte in ihren westlichen Regionen gleichfalls zu reduzieren. Hiernit verbunden ist dann das Projekt der Atomwaffenfreiheit.

Die finnische Regierung hat zu der Sicherheitskonferenz Bonn und Ostberlin gleichzeitig eingeladen. Dahinter verbirgt sich der in Skandinavien steigende Wunsch, zu vertraglichen Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin sowie zwischen Bonn und Warschau über die Grenzbeziehungen zu kommen. Man ist real genug, um zu wissen, daß hierbei noch keine friedensvertraglichen Regelungen zwischen Bonn und Warschau denkbar sind. Man glaubt aber, daß gewisse Vereinbarungen völkerrechtsmäßiger Natur und vorvertraglicher Art zustandekommen könnten und auch die Billigung von Ostberlin finden sollten. Auch das ist aus der Sicht der skandinavischen Hauptstädte ein möglicher Gesprächskreis der Helsinki-Konferenz zum Aufbau einer gesicherten europäischen Friedensordnung.